

Die SPD hat kein Konzept für die Zukunft

Stellungnahme des Generalsekretärs der CDU

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf zum Orientierungsrahmen '85 der SPD
vor der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag
am 28. Januar 1975

Der zweite Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985, den die SPD in diesen Tagen der Öffentlichkeit vorgelegt hat, ist der erneute Versuch, längerfristige Perspektiven einer sozialdemokratischen Politik zu entwickeln. Der erste Versuch dieser Art, der Orientierungsrahmen 1972, war vom Hannoveraner Parteitag der SPD im Jahre 1973 wegen einer Vielzahl von Mängeln und Unstimmigkeiten verworfen worden. Der Hannoveraner Parteitag beauftragte damals eine Kommission unter der Leitung von Ehmke, Ehrenberg und von Oertzen, den ersten Entwurf zu ergänzen und zu verändern und „auf der Grundlage des Godesberger Programms die Grundwerte des demokratischen Sozialismus zu präzisieren und zu konkretisieren, eingetretene und zu erwartende gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren und aufzuzeigen, wie durch Reformen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität verändert werden kann“.

Innen- und Gesellschaftspolitik

Verzicht auf eindeutige demokratische Positionen

1 Schon heute läßt sich sagen, daß auch die zweite Kommission ihrem Auftrag nicht gerecht geworden ist. Im Orientierungsrahmen '85 werden weder die Grundwerte des demokratischen Sozialismus konkretisiert, noch wird aufgezeigt, wie durch Reformen mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft verwirklicht werden können.

Kennzeichnend für den Orientierungsrahmen '85 ist der Versuch der Programmkommission, allen — auch den sich widersprechenden politischen Positionen innerhalb der SPD — entgegenzukommen.

■ Insoweit setzt der Orientierungsrahmen die Politik des Godesberger Programms fort, das auf eine Entscheidung der Auseinandersetzung zwischen Marxisten und Sozialdemokraten innerhalb der SPD verzichtet hatte, und auf das sich deshalb heute gemäßigte Sozialdemokraten ebenso berufen können wie linksextreme Neomarxisten.

Der Orientierungsrahmen '85 muß von uns dennoch ernst genommen und in die politische Diskussion einbezogen werden. Zunächst ist hervorzuheben, daß überhaupt der Versuch gemacht wurde, langfristige politische Ziele zu definieren. Solche Bemühungen werden gerade von den Wählern honoriert, die ihre politische Einstellung zu den großen Parteien über längere Zeiträume hinweg festlegen oder verändern. Für diese vielfach besonders kritischen Wähler ist die ausschließliche Behandlung politischer Tagesfragen nicht ausreichend. Ihre Wahlentscheidung hängt zu einem wesentlichen Teil von den Selbstdarstellungen der Parteien im Bereich längerfristiger Politik ab. Mit der Formulierung ihrer langfristigen Vorstellungen durch das Berliner Programm, die Berichte der Grundsatzkommission, durch die Hamburger Beschlüsse und die theoretische Arbeit hat die CDU bereits in der Vergangenheit der Notwendigkeit längerfristig formulierter politischer Zielvorstellungen entsprochen. Sie setzt diese Arbeit im Rahmen der Grundsatzprogrammkommission, ihrer Fachausschüsse und durch die Fortführung der theoretischen Auseinandersetzung fort.

② In formaler Hinsicht besteht der Orientierungsrahmen '85 aus einem allgemeinen und einem besonderen Teil. Der allgemeine Teil enthält alle wichtigen programmatischen Aussagen, die die SPD auf ihrem Mannheimer Parteitag im November 1975 beschließen will. Der besondere Teil ist im wesentlichen die Übernahme weiter Teile des Langzeitprogramms aus dem Jahre 1972 mit allen ihren Mängeln und Schwächen. Soweit diese Mängel von der Programmkommission der SPD erkannt wurden, wird ihre Beseitigung auf eine spätere Überarbeitung vertagt. Darüber hinaus hat der Parteivorstand in Aussicht gestellt, den besonderen Teil des Orientierungsrahmens erneut an eine Kommission zu verweisen. Damit fehlt auch weiterhin jede konkrete Aussage über die Inhalte sozialdemokratischer Politik.

Zentrale Begriffe bleiben unterschiedlich auslegbar

③ Im allgemeinen Teil des Orientierungsrahmens werden eine Reihe extrem linker Positionen, die bisher von großen Teilen der SPD vertreten wurden, zumindest verbal, teilweise jedoch auch inhaltlich abgemildert. Dazu gehören die neomarxistischen Münchner Juso-Beschlüsse, von denen sich im Orientierungsrahmen kaum

noch etwas findet. Relativiert sind auch einige linke Beschlüsse des Hannoveraner Parteitages der SPD. Die Auffassung, daß sich Wirtschaftsprobleme in unserem Lande letztlich nur durch eine Verstaatlichung der Wirtschaft lösen ließen, wird ausdrücklich aufgegeben.

■ Eine klare Stellungnahme zur Frage der zentralen Investitionslenkung wird allerdings vermieden — mit der Folge, daß die politische Führung der Jungsozialisten auch im Orientierungsrahmen '85 die Grundlage für die Verwirklichung ihrer Forderungen nach zentraler Investitionssteuerung und teilweiser Vergesellschaftung der Wirtschaft sehen kann.

Soweit sich der Orientierungsrahmen mit dem Staatsverständnis der SPD beschäftigt, werden extrem linke Positionen, die vor allem bei den Jungsozialisten lange Zeit eine große Rolle spielten, als unhaltbar zurückgewiesen. Der Staat wird nicht mehr — wie vielfach in der Vergangenheit im Rahmen der SPD — als der „Büttel des Monopolkapitalismus“ gesehen, sondern als eine Institution, die von der Gesellschaft getragen wird und dieser verantwortlich ist.

Auch der Begriff der Klassengesellschaft wird im Orientierungsrahmen einer Revision unterworfen. Gesellschaft wird nur noch insoweit als „Klassengesellschaft“ gesehen, als es in ihr vermögende und weniger vermögende Bürger gibt. Damit wird auf die begriffliche Klarheit des Wortes „Klassengesellschaft“ weitgehend verzichtet und möglichen innerparteilichen Konflikten über die zutreffende Interpretation dieses zentralen Begriffes aus dem Wege gegangen.

Der Orientierungsrahmen '85 macht schließlich den Versuch, das Godesberger Programm teilweise neu zu interpretieren. Die Programmkommission wollte damit offenbar die Konsequenzen aus dem Auslegungsstreit über das Godesberger Programm ziehen, der die Partei seit längerem zunehmend belastete und — mit den Worten von Heinz Kühn — zur Bildung zweier Parteien innerhalb der SPD führte. In ihrer Vorstellung des Orientierungsrahmens '85 hat der Parteivorstand die Bedeutung des Orientierungsrahmens als Interpretation des Godesberger Programms jedoch stark relativiert. Der Auslegungsstreit bleibt damit weiterhin unentschieden.

Die Rückkehr der SPD zur Mitte ist nur scheinbar

④ Soweit sich im Orientierungsrahmen '85 die Aufgabe linksextremer oder sozialistischer Positionen durch die SPD abzeichnet, ist diese Entwicklung zu einem wesentlichen Teil der Erfolg unserer Politik. Die Sozialdemokraten haben offenbar erkannt, daß der Versuch Willy Brandts, eine neue linke Mitte zu definieren, gescheitert ist.

Durch die Hamburger Parteitagsbeschlüsse, durch ihre Theoriediskussion und ihre programmatischen Aussagen haben die Unionsparteien die Sozialdemokraten gezwungen, sich wieder der eigentlichen politischen Mitte zu nähern. Wir haben diese Mitte in den letzten Jahren inhaltlich definiert und politisch vertreten.

■ Der Orientierungsrahmen '85 ist der Versuch der Sozialdemokraten, sich dieser politischen Mitte wieder zu nähern, ohne die politischen Positionen des Sozialismus im Prinzip aufzugeben. Wegen seiner Widersprüchlichkeit ist auch dieser Versuch zum Scheitern verurteilt.

Es gibt für uns keinen Anlaß, unter dem Eindruck des Orientierungsrahmens unsere offensive politische Haltung aufzugeben. Der SPD wird es nicht gelingen, mit dem Orientierungsrahmen die politischen Initiativen wiederzugewinnen, die sie in den letzten beiden Jahren sowohl im Rahmen der Auseinandersetzung über die zentralen politischen Begriffe wie auch in der Auseinandersetzung über die politischen Reformvorhaben an die CDU verloren hat.

Einflüsse der Unionspolitik werden sichtbar

5 Unsere politische Auseinandersetzung mit der SPD wird durch die erheblichen Schwächen erleichtert, die der Orientierungsrahmen '85 aufweist. Zwar wird in der Öffentlichkeit zutreffend darauf hingewiesen, daß es im Orientierungsrahmen eine Reihe von Übereinstimmungen mit Positionen gibt, die bisher ausschließlich von uns vertreten wurden. So wird im allgemeinen Teil zu Recht vor einem Übermaß an Bürokratisierung gewarnt: eine Warnung, die aus der Feder von Sozialdemokraten wenig Glaubwürdiges hat. Die Wachstumsmöglichkeiten unserer Wirtschaft werden durch den Orientierungsrahmen weit realistischer eingeschätzt als durch das Langzeitprogramm 1972. Die Grenzen der öffentlichen Haushalte werden aufgezeigt. Es wird zugestanden, daß die Bundesrepublik Deutschland in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine Weltspitzenposition einnimmt. In diesem Zusammenhang werden Aussagen zum ordnungspolitischen Charakter der Wirtschaftspolitik gemacht, die zumindest den Versuch einer Revision der Haltung der SPD zur marktwirtschaftlichen Ordnung bedeuten.

Soweit sich im Orientierungsrahmen Übereinstimmungen mit den von der CDU eingenommenen Positionen finden, beschränken sie sich im wesentlichen auf die Beschreibung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Damit ist zwar keine politische Übereinstimmung verbunden, dennoch sollte man anerkennen, daß sich die Programmkommission mit dem Orientierungsrahmen zu einer kritischen Analyse der bisherigen Politik der SPD bereit gefunden hat. Sie äußert sich nicht nur in der Aufzeigung von Gefahren für unsere Gesellschaft, die sich aus der Bürokratisierung der begrenzten Leistungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte oder den beschränkten Wachstumsmöglichkeiten ergibt, sondern etwa auch in den Ausführungen zur Notwendigkeit, politisches Vertrauen als Grundlage für eine erfolgreiche Regierungstätigkeit zu gewinnen. Mit diesen Ausführungen ist unausgesprochen das Eingeständnis verbunden, daß es sozialdemokratischer Politik — vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich — in der Vergangenheit nicht gelungen ist, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen.

SPD: Eigentumsverhältnisse sind immer noch an allem schuld

6 Bei der Analyse der Ursachen für unsere augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Probleme weichen unsere Ansichten entscheidend von den Positionen der Sozialdemokraten ab. Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Wurzel allen Übels

- die Zusammenballung von Wirtschaftsmacht und
- der Einfluß nachteiliger Umweltveränderungen auf die Bundesrepublik.

Wir bestreiten nicht die Bedeutung dieser Faktoren. Wir haben sie seit langem erkannt und vor allem im Bereich der Wettbewerbs- und Ordnungspolitik die theoretischen und politischen Voraussetzungen für ihre Bewältigung gelegt.

In der Konzentration auf das Problem der Zusammenballung von Wirtschaftsmacht — die als ein Problem von niemandem ernster genommen wird als von uns — kommt die historisch bedingte Vorstellung des Sozialismus zum Ausdruck, eigentlicher Grund aller gesellschaftlichen Schwierigkeiten seien die Eigentumsverhältnisse, insbesondere die fortdauernde Existenz von Privateigentum an Produktionsmitteln. Zwar wird Privateigentum an Produktionsmitteln im Orientierungsrahmen ausdrücklich mit der Feststellung anerkannt, daß auf eine privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaft nicht verzichtet werden könne. Mit der Beschränkung der Ursachenanalyse für wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Probleme auf das Problem der wirtschaftlichen Macht der Unternehmen wird jedoch dieses Bekenntnis für die privatwirtschaftliche Organisation der Wirtschaft wieder relativiert.

■ Was im Orientierungsrahmen '85 — abgesehen von einigen kurzen Hinweisen — völlig fehlt, ist die Behandlung der großen Bedeutung von Macht und Einfluß gesellschaftlicher Gruppen, die ihre gesellschaftliche Position nicht den Eigentumsverhältnissen, sondern der Gewährung von Autonomie verdanken. Ohne die Einbeziehung dieser für die heutige Situation unserer Gesellschaft entscheidenden Entwicklungen, ist die Formulierung brauchbarer Politik jedoch unmöglich.

Ebenso entspricht es sozialdemokratischer Strategie, nicht aber der Wirklichkeit, alle Schwierigkeiten, die sich nicht mit der Zusammenballung von Wirtschaftsmacht erklären lassen, auf außenpolitische und außenwirtschaftliche Gründe zurückzuführen. Auf diese Weise soll die SPD-Regierung von der Verantwortung für die Folgen ihres eigenen Handelns freigestellt werden. Zur Verantwortlichkeit einer Regierung gehört jedoch nicht nur die Gestaltung und Entwicklung der Gesellschaft und ihrer Institutionen im Inneren, sondern auch die Bewältigung und Beherrschung der Konsequenzen, die sich für das eigene Staatswesen aus der Veränderung außenwirtschaftlicher und außenpolitischer Daten ergeben. Es gibt keinen Grund, die Bundesregierung aus diesem Teil der Regierungsverantwortung zu entlassen.

7 Für unsere Auseinandersetzung mit dem Orientierungsrahmen '85 ist wichtig, daß von der SPD entscheidende Ursachen für unsere gegenwärtigen innen- und gesellschaftspolitischen Probleme noch nicht einmal gesehen, geschweige denn in ihrer Bedeutung gewürdigt werden. Dies gilt zum Beispiel für den gesamten Problembereich der internen und weltweiten Verteilungskämpfe.

■ Der Orientierungsrahmen geht mit keinem Wort auf die Gefahren ein, die sich aus unkontrollierten Verteilungskämpfen zwischen gesellschaftlichen Gruppen für die Stabilität der Gesellschaft insgesamt ergeben.

Ebensowenig werden die Probleme gesehen, die sich aus dem veränderten Verhältnis von Staat und gesellschaftlichen Gruppen ergeben haben (Fluglotsenstreik, Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst, wachsender Einfluß organisierter Gruppen auf die staatliche Bildungspolitik usw.).

■ Die Unfähigkeit der Programmkommission, die eigentlichen Ursachen für die von ihr beschriebenen Zustände wie die Verschärfung der internen und weltweiten Verteilungskonflikte, die zunehmende Bürokratisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen oder das rückläufige wirtschaftliche Wachstum aufzuzeigen, führt notwendigerweise dazu, daß zahlreiche Schlußfolgerungen und Vorschläge zur Bewältigung unserer Probleme an der Wirklichkeit vorbeigehen.

Das undifferenzierte, unkoordinierte sozialdemokratische Reformprogramm im zweiten Teil des Orientierungsrahmens ist dafür der überzeugendste Beweis. In diesem Teil wird deutlich, daß sich zwischen den allgemeinen Ausführungen des Orientierungsrahmens und der empfohlenen konkreten Politik des demokratischen Sozialismus kein innerer Zusammenhang herstellen läßt.

Keine schlüssigen Zukunftsperspektiven mehr

8 Entscheidend für die politische Auseinandersetzung ist weiterhin, daß sich die SPD offenbar nicht mehr in der Lage sieht, Zielvorstellungen zu entwickeln und unsere politische Zukunft in einer größeren Gesamtschau zu beschreiben. In der Auseinandersetzung des Jahres 1972 war es den Sozialdemokraten noch gelungen, den Eindruck zu erwecken, daß sie über eine „Vision der Zukunft“ verfügten. Für das Verhalten der Wechselwähler war dies nicht ohne Bedeutung.

Im Orientierungsrahmen '85 ist davon nichts mehr zu spüren. Die sozialdemokratische Politik ist jetzt reduziert auf die pragmatische vordergründige Mehrung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, wobei ausdrücklich auf die jeweils gegebenen Bedingungen abgestellt werden soll. Damit ist praktisch das Eingeständnis verbunden, daß es der SPD nicht gelingt, in sich schlüssige Zukunftsperspektiven zu entwickeln und aus einer Gesamtkonzeption zu begründen, die den Erwartungen der Bevölkerung an die Sicherung und Fortentwicklung einer freiheitlichen Ordnung entspricht. Für die Politik der CDU folgt daraus, daß sie den in den letzten Jahren

gewonnenen Vorsprung in diesem Bereich weiter ausbauen und ihre Gesamtkonzeption sowohl im Rahmen ihrer Strategie wie ihrer täglichen politischen Arbeit verdeutlichen wird.

Die SPD beharrt in einer ideologisch fixierten Vergangenheit

■ Den Grundwerten, von denen wir bei der Verwirklichung unserer Politik ausgehen, entsprechen zumindest begrifflich die Grundwerte der Sozialdemokratie. Hier wie dort sind es Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die Gemeinsamkeit endet jedoch im Begrifflichen. Bei der Formulierung praktischer politischer Aussagen werden die Unterschiede deutlich. Dies zeigt sich zum Beispiel in den Abschnitten über Gesundheitspolitik, Bildungspolitik, Vermögenspolitik oder die Organisation des öffentlichen Dienstes im besonderen Teil des Orientierungsrahmens '85.

■ Weder der starke Zug zur Vergesellschaftung aller Lebenssachverhalte, noch die Tendenz zur Gleichmacherei werden wirklich aufgegeben.

Die Einzelauseinandersetzung über die Grundwert-Verwirklichung im Rahmen des Orientierungsrahmens wird auch in Zukunft die grundsätzlichen Unterschiede der politischen Positionen von SPD und CDU deutlich machen.

Die entscheidende Schwäche des Orientierungsrahmens ist jedoch, daß er bei der Formulierung politischer Strategien auch weiterhin im Sinne sozialistischer Tradition von einem angeblichen Grundwiderspruch unserer Gesellschaft ausgeht. Aus der Sicht der Sozialdemokraten leidet unsere Gesellschaft unter dem „Grundwiderspruch“ zwischen einer im Bereich der Wirtschaft kapitalistisch organisierten Gesellschaft und einem demokratischen Staat. Damit wiederholt der Orientierungsrahmen, wenn auch in differenzierterer Form, die aller sozialistischen Politik zu grunde liegende Annahme von der Unvereinbarkeit privatwirtschaftlich verfaßter Wirtschaft und demokratischer Gesellschafts- und Staatsordnung.

Die Verfasser des Orientierungsrahmens stört es offenbar nicht, daß dieser angebliche Grundwiderspruch historisch längst überwunden und allenfalls als geschichtliches Datum bedeutsam ist. Indem sie auch weiterhin von einer historisch überholten Annahme ausgeht, verstellt sich die SPD den Blick auf die Zukunft und hindert sich selbst daran, sich mit den wirklichen Fragen der Gegenwart und Zukunft auseinanderzusetzen. Ihr Beharren in einer ideologisch fixierten Vergangenheit wirkt sich aus auf ihre Haltung zur marktwirtschaftlichen Ordnung, zum Privateigentum an Produktionsmitteln oder zur Wettbewerbspolitik.

■ Die privatwirtschaftlich verfaßte Wirtschaft wird vom Orientierungsrahmen zwar als Instrumentarium geduldet, nicht aber als Verwirklichung einer freiheitlichen Verfassungsordnung im Bereich der Wirtschaft verstanden. Auf diesen Unterschied kommt es entscheidend an.

Nur eine Politik, die in der sozialen Marktwirtschaft die Ausformung des freiheitlichen sozialen Verfassungsstaates im wirtschaftlichen Bereich sieht und ihr deshalb bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen einen entsprechenden Stellenwert zuweist, ist wirklich in der Lage, eine freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

Die Sozialdemokraten bleiben mit dem Orientierungsrahmen '85 auf dem Stand der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Diskussion der Weimarer Republik stehen. Daß dieser erste historische Versuch der Integration einer modernen Industrie- wirtschaft in einer demokratischen Staatsform längst durch das erfolgreiche Konzept der sozialen Marktwirtschaft abgelöst und die Fehlentwicklung der Wirtschaftsverfassung der Weimarer Demokratie damit überwunden worden ist, wird von der Sozialdemokratie bis heute nicht zur Kenntnis genommen.

Die gegenseitige Abhängigkeit von Sozialdemokraten und Gewerkschaften

⑩ Eine Politik, die auch in Zukunft vor den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen bestehen will, hat davon auszugehen, daß die Widersprüche und Probleme der Gegenwart nur zu einem geringen Teil als Folgen der bestehenden Eigentumsverhältnisse erklärt werden können.

■ Wirtschaftliches Eigentum ist schon längst nicht mehr die Quelle unkontrollierbarer oder unkontrollierter gesellschaftlicher und politischer Macht. Gerade die Politik der Unionsparteien hat dazu geführt, die Vermögens- und Einkommensverteilung in unserem Lande gerechter zu gestalten als jemals zuvor in der deutschen Geschichte.

Wenn es heute einen „Grundwiderspruch“, besser ein Grundproblem unserer Gesellschaft gibt, so ist es die zunehmende Komplizierung der gesellschaftlichen Strukturen und die ständig wachsenden Ansprüche der Bürger und der organisierten Gruppen an die Gemeinschaft bei gleichzeitig wachsenden Belastungen der Gemeinschaft durch Wandel und Veränderungen. Die Spannungen, die sich aus diesem Widerspruch ergeben, können eines Tages zum Zusammenbruch unserer freiheitlich demokratischen Ordnung führen. Sie abzubauen, ein neues Gleichgewicht zwischen organisierten Interessen und Allgemeinwohl zwischen „der Rationalität des Ganzen und der Rationalität seiner Teile“ zu finden, ist die eigentliche politische Aufgabe der Zukunft. Der Orientierungsrahmen '85 zeigt, daß die Sozialdemokraten diese Aufgabe weder zutreffend erkannt haben noch in der Lage sind, sie zu bewältigen.

⑪ Die Rolle des Staates, die in diesem Zusammenhang einer Neudefinition und Neubestimmung bedarf, ist im Orientierungsrahmen '85 völlig unbefriedigend be-

handelt. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Staat läßt sich im Orientierungsrahmen '85 allenfalls aus den Funktionen ermitteln, die dem Staat zugeschrieben werden. Aus der Sicht der SPD ist der Staat ein bloßes Instrument, ein Organ gesellschaftlicher Kräfte, das im wesentlichen durch die gesellschaftlichen Gruppen gesteuert wird. Die enge Verbindung zwischen einer von der Sozialdemokratie geführten Regierung und den Gewerkschaften wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt.

Aus der ausdrücklich betonten gegenseitigen Abhängigkeit von Sozialdemokratie und Gewerkschaften — die beide als Träger der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus gesehen werden — ergibt sich eine ebenso enge Verzahnung von Gewerkschaften und Staat. Eine sozialdemokratische Regierung kann nach den Vorstellungen des Orientierungsrahmens praktisch nur mit Unterstützung der Gewerkschaften regieren. Die von einzelnen Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt unternommenen Versuche, die Unabhängigkeit des Staates gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen zu begründen, haben im Orientierungsrahmen keinen Niederschlag gefunden.

■ Vor dem Hintergrund eines solchen Staatsverständnisses versteht es sich von selbst, daß eine sozialdemokratische Regierung nicht in der Lage sein kann, den Staat aus der Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Gruppen zu befreien und damit die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß der Staat auch die Interessen derjenigen Bevölkerungskreise vertreten kann, die nicht organisiert sind.

Für die Sozialdemokraten ist der Staat — formelhaft verkürzt — eine Organisation gesellschaftlicher Gruppen. Oder umgekehrt: der sozialdemokratische Staat ist ein Staat der Organisierten.

CDU: Sicherung des Staates und des einzelnen vor der Übermacht organisierter Gruppen

Aus der Sicht der CDU muß der Staat von den gesellschaftlichen Gruppen unabhängig sein. Nur so ist er in der Lage, die Freiheit des Bürgers auch gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen zu garantieren. Auch die CDU geht davon aus, daß die gesellschaftlichen Gruppen unverzichtbarer Bestandteil einer freiheitlichen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung sind.

■ Ihrer Autonomie sind jedoch Grenzen gesetzt, die sich aus der eigenständigen Legitimation und dem allgemeinen politischen Auftrag des Staates auf der einen Seite und aus der Aufrechterhaltung und der grundrechtlich geschützten Freiheit des Bürgers auf der anderen Seite ergeben. Die Begründung einer institutionellen Abhängigkeit des Staates von den gesellschaftlichen Gruppen wäre das Ende unserer freiheitlichen Gesellschaft.

Der Orientierungsrahmen '85 sieht diese Zusammenhänge nicht und ist deshalb auch nicht in der Lage, die Rolle des Staates und das Verhältnis von Staat und gesellschaftlichen Gruppen im Sinne einer freiheitlichen Verfassungsordnung zutreffend zu definieren. Vor allem hier zeigt sich, daß es der SPD bisher nicht gelungen ist, den Schritt von einer Arbeitnehmerpartei zu einer Volkspartei zu vollziehen. An der für die SPD noch immer bestimmenden Bindung an die organisierte Arbeitnehmerschaft kranken ihre politischen Perspektiven ebenso wie ihre praktische Politik. Der Orientierungsrahmen '85 beweist, daß sich die SPD noch immer in erster Linie als politische Repräsentantin wichtiger gesellschaftlicher Gruppen, nicht aber als Volkspartei versteht, in deren Politik das Wohl des Ganzen seinen politischen Ausdruck findet.

Außenpolitik

Fehlanzeige im SPD-Konzept

② Eine entscheidende Schwäche sozialdemokratischer Politik, wie sie im Orientierungsrahmen '85 niedergelegt ist, ist die fehlende außenpolitische, insbesondere außenwirtschaftliche Komponente. Abgesehen von einigen Ausführungen im analytischen Teil wird die Bundesrepublik Deutschland im Orientierungsrahmen losgelöst von den weltweiten Verflechtungen wie eine „gesellschaftspolitische Insel“ gesehen. Die Programmkommission fragt nicht nach den Folgen der immer bedeutsamer werdenden Abhängigkeiten der Bundesrepublik von der übrigen Welt. Sie fragt nicht nach den Auswirkungen dieser politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten auf unsere Handlungsfähigkeit im Inneren und auf die Rückwirkungen außenpolitischer Bedingungen und Veränderungen auf unsere gesellschaftspolitischen Handlungsspielräume. Weder wird nach den Bedingungen gefragt, die gegeben sein müssen, damit wir die vitalen Interessen unseres Landes im Rahmen seiner weltweiten Verflechtung wahren können, noch wird nach den innergesellschaftlichen Strukturen gefragt, die wir zur Bewältigung der externen Herausforderung schaffen müssen.

CDU: Den Wandel der Zeiten in Freiheit beherrschen

Der Orientierungsrahmen übersieht eine der wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahre: er übersieht die Notwendigkeit, unsere Gesellschaft im Inneren so zu stabilisieren, daß sie den rapiden Wandel unserer Zeit in Freiheit beherrschen kann. Dieser entscheidende Mangel des Orientierungsrahmens ist der tiefere Grund dafür, warum man in ihm vergebens nach handhabbaren politischen Anweisungen und nach Maßstäben sucht, mit deren Hilfe die Prioritäten neu bestimmt werden

können, die angesichts einer wachsenden Überforderung der öffentlichen Haushalte und der eigenen Volkswirtschaft gesetzt werden müssen. Wo immer sich die Notwendigkeit für Prioritäten ergibt und entsprechende Anweisungen gegeben werden müßten, verweist der Orientierungsrahmen auf die Unvorhersehbarkeit der Zukunft. Diese Unvorhersehbarkeit entbindet den Politiker jedoch nicht von der Notwendigkeit, qualitative Kriterien für die Bestimmung von Prioritäten zu formulieren und damit politische Entscheidungen über eine Rangfolge von Notwendigkeiten erst möglich zu machen.

SPD ignoriert ideologische Konfrontation mit dem Kommunismus

13 Schließlich bleibt im Orientierungsrahmen der SPD eines der wichtigsten politischen Daten unserer Zeit unerwähnt: die fortdauernde ideologische Konfrontation mit dem Kommunismus und die besonderen Bedingungen, unter denen diese Konfrontation im geteilten Deutschland ausgetragen wird. Im Orientierungsrahmen findet sich nicht der geringste Anhaltspunkt dafür, daß wir in einem geteilten Land leben, daß sich auf deutschem Boden zwei sich gegenseitig ausschließende gesellschaftliche Ordnungen gegenüberstehen und daß der militärische und ideologische Druck aus dem Osten ständig zunimmt.

■ Daß die geistige und ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus alle Bereiche unserer Politik beeinflußt — von der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik über die Bildungspolitik bis zur Außen- und Sicherheitspolitik — wird vom Orientierungsrahmen '85 schlicht ignoriert. Die SPD hat offenbar nicht begriffen, welche Auswirkungen diese Situation für den einzelnen, für die Gesellschaft, für den Staat, für die Kultur und für das Geschichtsverständnis unseres Landes hat.

Schon aus diesem Grunde fehlt dem Orientierungsrahmen '85 letztlich jeder wirkliche Bezug zur politischen Realität in der Bundesrepublik Deutschland.

Ideologische Fixierung verstellt der SPD den Blick für die Realitäten

14 Für die Auseinandersetzung mit dem Orientierungsrahmen '85 sind somit nach meiner Überzeugung folgende vier Punkte von ausschlaggebender Bedeutung:

An erster Stelle steht die Frage nach dem Verständnis des Staates sowohl im Verhältnis zum einzelnen, zur Gruppe wie auch im Verhältnis zu der sich verändernden Umwelt.

Zum zweiten geht es um die Auswirkungen, die die veränderte Bedeutung und Stellung der Außenpolitik, insbesondere der Außenwirtschaftspolitik und der damit notwendigen außenpolitischen Handlungsspielräume unseres Landes auf die Gestaltung der Innenpolitik, insbesondere der Gesellschaftspolitik, haben werden.

■ Die Einseitigkeit, mit der der Orientierungsrahmen innenpolitische Fragestellungen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum alleinigen Maßstab politischen Handelns macht, ohne die für unsere nationale Existenz immer bedeutsamer werdenden außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Sachgesetzlichkeiten zu berücksichtigen, birgt eine ernste Gefahr für die Sicherheit unserer nationalen Existenz und unsere Selbstdarstellung.

Drittens: über die Rolle und die Bedeutung der gesellschaftlichen Gruppen und ihres Verhältnisses zum Staat einerseits und zum Bürger andererseits wird zu diskutieren und neu zu entscheiden sein. Dabei geht es nicht um die Existenzberechtigung der organisierten Gruppen als solche. Sie ist unbestritten, und gerade die Unionsparteien haben sich immer wieder für die Erhaltung und die Sicherung der Autonomie der gesellschaftlichen Gruppen eingesetzt.

■ Worum es vielmehr geht, ist die Sicherung des einzelnen und des Staates vor der möglichen Übermacht organisierter Gruppen, die einzeln oder im Zusammenwirken miteinander die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik beeinflussen.

Die Sicherung eines freiheitlichen Gleichgewichts zwischen der Autonomie der gesellschaftlichen Gruppen einerseits und der Handlungsfähigkeit des Staates und der Freiheit des Bürgers andererseits ist eine zentrale politische Aufgabe der Zukunft. Sie zu lösen liegt auch im wohlverstandenen Interesse der organisierten Gruppen selbst.

Viertens ist keine wirklichkeitsnahe Politik in der Bundesrepublik möglich, ohne die Konsequenzen zu berücksichtigen, die sich aus der fortdauernden ideologischen Konfrontation im Rahmen der „friedlichen Koexistenz“ mit den kommunistischen Machtsystemen ergibt. Für das geteilte Deutschland, insbesondere für seinen freien Teil, ist diese Konfrontation von existentieller Bedeutung. Sie zu bestehen und den freien Teil Deutschlands als Treuhänder des freiheitlichen Rechtsstaates zu erhalten und zu sichern, ist jeder praktischen Politik in der Bundesrepublik als Aufgabe vorgegeben.

15 Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß es der Sozialdemokratie mit dem Orientierungsrahmen '85 nicht gelungen ist, ihre geschichtlich bedingte, gesellschaftspolitische Begrenzung zu durchbrechen und die Probleme unserer Zeit im größeren Gesamtzusammenhang geschichtlicher Entwicklung innerhalb und außerhalb unseres Landes zu sehen. Die Unionsparteien sind gefordert, diesen Gesamtzusammenhang herzustellen und ihn ihrer praktischen Politik und der Entwicklung ihrer Strategie zugrunde zu legen. Gelingt uns dies, so müssen wir die Auseinandersetzung mit dem Anspruch des Orientierungsrahmens '85 nicht scheuen. Wir werden dann auch in Zukunft in allen Bereichen der Politik die Führung behalten.